

Leseliste Certamen Rheno-Palatinum für Latein IV 2021

bellum iustum – gerechter Krieg?

Inhalt

Cicero in Auszügen zum Thema ‚bellum iustum‘	1
Die Bundesrepublik Deutschland als Zivilmacht	2
Videos zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland.....	5
Republik und Wehrhaftigkeit: Es war einmal eine Zivilmacht	5
Die Angst vor sich selbst.....	7
Deutsche Sicherheitspolitik in Kriegszeiten: Zur „Zeitenwende“ gehört mehr als nur Waffenkäufe	9
Der offene Brief an Kanzler Scholz	11
Umfrage: Deutsche Außenpolitik nach der Zeitenwende	12

Cicero in Auszügen zum Thema ‚bellum iustum‘

De officiis 1, 34

Atque in re publica maxime conservanda sunt iura belli.

Und in der Politik ist das Kriegsrecht besonders zu beachten.

Nam cum sint duo genera decertandi, unum per disceptationem, alterum per vim, cumque illud proprium sit hominis, hoc beluarum, confugiendum est ad posterius, si uti non licet superiore.

Denn da es zwei Arten von Konfliktlösung gibt – eine mittels Verhandlung und eine mittels Gewaltanwendung – und da erstere spezifisch für den Menschen ist, die zweite für wilde Tiere, muss man Zuflucht zur letzteren (Gewaltanwendung) dann nehmen, wenn es nicht möglich ist, die erstgenannte (Verhandlung) anzuwenden.

De officiis 1, 36

Ac belli quidem aequitas sanctissime fetiali populi Romani iure perscripta est.

Die Gerechtigkeit im Krieg ist jedenfalls aufs Unverletzlichste im Fetialrecht¹ des römischen Volkes festgeschrieben.

Ex quo intellegi potest nullum bellum esse iustum, nisi quod aut rebus repetitis geratur aut denuntiatum ante sit et indictum.

Aufgrund dieses Rechts kann man nachvollziehen, dass es keinen gerechten Krieg gibt außer dem, der entweder für Schadensersatz geführt wird oder der zuvor angekündigt und erklärt worden ist.

[...]

¹ Fetialrecht: Das römische Fetialrecht gehörte zum religiösen Bereich des Rechts. Es sah vor, dass ein zwanzigköpfiges Priesterkollegium über die rechtmäßige Kriegserklärung wachte.

De officiis 3, 35ff.

illa iniusta bella sunt, quae sunt sine causa suscepta.
Nam extra ulciscendi aut propulsandorum hostium
causam bellum geri iustum nullum potest.

nullum bellum iustum habetur, nisi denuntiatum, nisi
indictum, nisi de repetitis rebus.

Jene Kriege sind ungerecht, die ohne Grund
unternommen worden sind. Denn außer, um
Rache zu nehmen oder Feinde zu vertreiben,
kann kein gerechter Krieg geführt werden.

Kein Krieg wird für gerecht gehalten, wenn er
nicht angekündigt und erklärt worden ist und
nur, nachdem man die geraubten Gegenstände
zurückgefordert hat.

Die Bundesrepublik Deutschland als Zivilmacht

Wie jeder andere Staat betreibt auch Deutschland Außenpolitik, um gegenüber seinem internationalen Umfeld wesentliche Ziele und Interessen in Bereichen wie Sicherheit, Wirtschaft und Handel, Ökologie oder Kultur zu verfolgen und zu realisieren. Hierzu tritt es in wechselseitige Beziehungen mit zahlreichen verschiedenartigen Akteuren, vor allem mit Staaten und internationalen Organisationen, zunehmend aber auch mit nichtstaatlichen Akteuren wie transnationalen Industriekonzernen oder einer wachsenden Zahl immer einflussreicherer Nichtregierungsorganisationen (NRO). Die Qualität solcher wechselseitiger Beziehungen kann ebenfalls äußerst vielgestaltig sein: Neben enger partnerschaftlicher Kooperation gibt es Konkurrenz um Macht, Einfluss und Ressourcen, entstehen Krisen und Konflikte, die schlimmstenfalls bis hin zum Krieg eskalieren können. Die zentrale Aufgabe auch der deutschen Außenpolitik ist es daher, Entwicklungen im internationalen System zu erkennen und einzuschätzen, eigene Gestaltungsansprüche an die internationale Ordnung zu formulieren und dann die geeigneten Instrumente und Handlungsmöglichkeiten (also Machtmittel) zu deren Verwirklichung einzusetzen. In der Außenpolitik manifestiert sich so gesehen der auswärtige Ziel-Mittel-Komplex eines Staates.

Ob und wie ein Staat Einfluss auf sein Umfeld nehmen kann, bestimmen neben den Entwicklungen im internationalen System maßgeblich Faktoren wie die eigene territoriale Größe, Bevölkerungszahl, Geographie und Ressourcenausstattung. Auch Technologie, Wirtschaftskraft, militärische Stärke spielen eine Rolle sowie die Überzeugungskraft der Ideen und kulturellen Errungenschaften, die von einem Staat und seiner Bevölkerung hervorgebracht werden. Ob der Einsatz dieser Faktoren kooperativ oder konfrontativ, friedlich oder feindselig wirkt, hängt dabei neben dem Willen und den Handlungsweisen eines Staates entscheidend auch davon ab, wie die anderen Akteure im internationalen System ihn wahrnehmen. Eine vorausschauende Außenpolitik eines Staates wird sich also darum bemühen, die eigenen Interessen so gut als möglich im Einklang mit seinen Partnern und Mitspielern zu gestalten, und so auf die Verschleierung eigener Absichten, nationale Alleingänge oder einseitige Machtpolitik verzichten.

Dieser Aspekt spielt in Deutschland - vor allem angesichts seiner kriegerischen Vergangenheit - eine prägende Rolle bei der Gestaltung seiner Außenpolitik. Die Rückkehr zunächst der Bundesrepublik auf die internationale Bühne wäre nicht vorstellbar gewesen ohne die Aussöhnung mit Frankreich, für welche die europäische Integration das Fundament und den Rahmen bildete. Bereits vor der Wiedervereinigung hatten Annäherung und Verständigung mit Polen begonnen; die deutsch-polnischen Verträge über die gemeinsame Grenze (1990) sowie über Freundschaft und gute Nachbarschaft (1991) bildeten eine wichtige Plattform für die Ausdehnung des europäischen Integrationsprozesses nach Ostmitteleuropa. Die USA wiederum waren nach dem Zweiten Weltkrieg entscheidende Wegbereiter der jungen Bundesrepublik in die westlich-demokratischen Strukturen

und 40 Jahre später eine verlässliche Stütze bei der Verwirklichung der - anfangs von Frankreich und Großbritannien argwöhnisch betrachteten - deutschen Einheit. Von seinen Verbündeten als friedlicher und demokratischer, fest in die Strukturen Europas und der NATO eingebundener Staat und im internationalen System als verlässlicher und berechenbarer Partner wahrgenommen zu werden, stellt so von Beginn an ein zentrales Kriterium aller außenpolitischen Aktivitäten Deutschlands dar. Außerhalb der euro-atlantischen Strukturen steht die Bundesrepublik insbesondere mit Israel in einer überaus engen, aufgrund der Vergangenheit auch sehr spezifischen politischen Beziehung, unterhält zugleich gute Kontakte zu Israels arabischen Nachbarn, ohne indes eine allzu aktive Rolle im Nahost-Konflikt zu spielen. Auch zu Russland haben sich seit der Wiedervereinigung wieder enge politische Bande entwickelt, die über die Energie- und Wirtschaftskooperation hinausreichen.

Während Deutschland als eine der führenden Wirtschaftsnationen vielfältige ökonomische Beziehungen zu fast allen Ländern und Regionen weltweit unterhält, ist sein politisches Engagement etwa in Asien und Afrika, aber auch in Lateinamerika vergleichsweise zurückhaltend. Anders als die französische, die britische, aber auch die belgische oder spanische war die deutsche koloniale Vergangenheit von kurzer Dauer und endete mit dem Ersten Weltkrieg, so dass Deutschland weder bis in die Gegenwart hineinreichende Verantwortlichkeiten noch eigenständige politische Ordnungsinteressen in diesen Regionen meint wahrnehmen zu müssen. Obwohl die bilateralen Beziehungen zu aufstrebenden Mächten wie China, Indien und Brasilien enger werden, gestaltet sich deutsche Außenpolitik in Afrika, Asien und Lateinamerika überwiegend im Rahmen der Europäischen Union - die selbst wiederum erst dabei ist, eine globale politische Akteursrolle auszufüllen.

Die Festlegung außenpolitischer Ziele und der Mittel, diese zu erreichen, wird aber auch wesentlich dadurch beeinflusst, wie Politik und Gesellschaft eines Landes das internationale Umfeld wahrnehmen und interpretieren: Ob das internationale System als bedrohliche Anarchie oder als kooperativer Ordnung zugänglich betrachtet wird, ob ein Staat sich gegenüber seinen Nachbarn konfrontativ oder kompromissbereit, offen oder selbstbezogen verhält, hängt in hohem Maße von den "Weltbildern" (Gerd Krell) ab, die grundlegende politische und kulturelle Werte, Interessen und Handlungsmaximen einer Gesellschaft widerspiegeln und den Personenkreis leiten, der außenpolitisch entscheidet und handelt. Die Außenpolitik ist so maßgeblich auch mit den innenpolitischen Konstellationen in einem Land verbunden. Welche Charakteristika und Einflussfaktoren die Gestaltung deutscher Außenpolitik prägen, soll im Folgenden dargestellt werden.

Normative Fundamente einer Zivilmacht

Bereits die Präambel des Grundgesetzes (GG) verweist in ihrem ersten Satz auf die drei ältesten und wichtigsten Leitlinien bundesdeutscher Außenpolitik, nämlich "als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt" dienen zu wollen. Weiter konkretisiert und rechtlich verbindlich wird dieses Friedenspostulat durch Art. 26 (1) GG, der alle Handlungen für verfassungswidrig und strafbar erklärt, die geeignet sind, "das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten". Diese schon in der Urfassung des Grundgesetzes verankerte Norm bringt die entschiedene Abkehr der Bundesrepublik von der kriegerischen Vergangenheit des Deutschen Reiches in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum Ausdruck.

Ebenfalls von Beginn an im Grundgesetz verankert, erklärt Art. 24 (2) die Bereitschaft Deutschlands, "sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit" einzuordnen und dabei sogar in eine Beschränkung seiner Hoheitsrechte einzuwilligen. Nach den Erfahrungen der deutschen Sonderwege im Kaiserreich wie im Nationalsozialismus sollten so künftig Alleingänge gerade auch im Bereich der Friedens- und Sicherheitsvorsorge ausgeschlossen bleiben. In der

außenpolitischen Praxis zunächst des westlichen und dann des wiedervereinigten Deutschlands ist die enge Einbindung in souveränitätsbegrenzende Organisationen wie die Europäische Union (EU) und ihre Vorläuferinnen sowie in die NATO oder auch die Vereinten Nationen (United Nations, UN) zur durchgehenden Staatsräson geworden. Die NATO begrenzt staatliche Souveränitätsrechte durch die Integration in die Bündnisstruktur und die Unterstellung deutscher Truppen unter NATO-Kommando. In den UN werden die Souveränitätsrechte zum Beispiel durch das Gewaltverbot und die Sicherheitsratsentscheidungen eingeschränkt. Die EU ist im Bereich ihrer ersten Säule supranational organisiert; dort sind souveräne Rechte nicht nur begrenzt, sondern praktisch übertragen - Beispiele sind der Euro und der gemeinsame Markt.

Art. 23 GG, der anlässlich der EU-Gründung 1992 neu gefasst wurde, verpflichtet Deutschland, bei der Weiterentwicklung der EU mitzuwirken, erlaubt die Übertragung von Hoheitsrechten an die EU durch Gesetz unter enger Einbindung des Bundesrates und der Länder, errichtet zugleich aber auch Hürden für die Verlagerung grundgesetzlich festgelegter Rechte an die EU, indem eine Zweidrittelmehrheit gefordert wird. Zusammen mit der Festschreibung des Vorranges des Völkerrechts vor dem nationalen Recht (Art. 25 GG) und dem Verbot von Vereinigungen, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten (Art. 9 (2) GG), ist ein offener Multilateralismus, das heißt die Bereitschaft zu regelbasierter Kooperation und einem Interessenausgleich mit einer Vielzahl internationaler Partner, fest in den normativen Fundamenten deutscher Außenpolitik verankert.

Nach den verheerenden Versuchen ihrer Vorgängerstaaten, unilaterale Machtpolitik und Interessendurchsetzung zu betreiben, zeigt die Bundesrepublik eine in Staat und Gesellschaft stark ausgeprägte politische Grundströmung, die der Verwendung von Machtinstrumenten, insbesondere des Militärs, enge Grenzen setzt und sie der aufmerksamen Beobachtung durch eine kritische Öffentlichkeit in Politik, Bevölkerung und Medien unterwirft. Die Bundesrepublik etablierte sich von ihrer Gründung an als ein Staat, der Dominanzstreben und Aggression durch Kooperation auf der Basis gemeinsamer Normen und Institutionen ersetzte und zu dessen Charakterisierung in der Politikwissenschaft gerne der Begriff "Zivilmacht" (Hanns Maull) verwendet wird. Dabei machte die Bundesrepublik die Erfahrung, dass die machtpolitische Zurückhaltung den deutschen Einfluss in der internationalen Politik nicht etwa minderte, sondern kontinuierlich steigerte.

Seit der Wiedervereinigung 1990 und dem Ende des Ost-West-Konflikts zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion sah sich Deutschland indes dem wachsenden Druck der Partner in NATO und EU ausgesetzt, sein Zivilmachtkonzept zu modifizieren. Zwar war die Bundesrepublik durch den so genannten Zwei-plus-Vier-Vertrag (zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs) von den letzten alliierten Vorbehaltsrechten freigestellt und zum vollständig souveränen Staat mit nochmals erweiterten Handlungsspielräumen geworden. Doch als angesichts zahlreicher Militäreinsätze in einer sich rasch verändernden Welt die Verbündeten auf ein militärisches Engagement Deutschlands drängten, musste sich Berlin entscheiden: Sollte es seinen bisherigen Kurs militärischer Zurückhaltung fortführen oder sich an der Seite seiner Bündnispartner an internationalen Militärmissionen beteiligen? Den Ausschlag gab die Bündnisräsonverpflichtung, und so werden seit 1992 Soldaten der Bundeswehr auch in bewaffnete Einsätze entsandt - eigener politischer Überzeugung und verfassungsgerichtlichen Vorgaben entsprechend immer eng in multilaterale Strukturen eingebunden.

Auch wenn Deutschland solchermaßen binnen eines Jahrzehnts zu einem der größten Truppensteller in internationalen Friedensmissionen wurde, hat es mit dieser neuen Dimension seiner Außenpolitik zu keinem Zeitpunkt den Eindruck machtpolitischen Auftrumpfens erweckt. Schrittweise konnte so eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung von der Notwendigkeit vergleichsweise ziviler

Stabilisierungseinsätze im internationalen Verbund überzeugt werden - Kampfeinsätze waren und sind dagegen höchst umstritten. Das deutsche Selbstbild bleibt trotz einer aktiveren Verwendung des militärischen Instruments das einer Zivilmacht. [...]

Ausblick

Seit der Wiedervereinigung und dem Ende der bipolaren Weltordnung haben sich die nationalen, regionalen und globalen Rahmenbedingungen deutscher Außenpolitik grundlegend verändert. Die außenpolitischen Handlungsspielräume Deutschlands haben sich vergrößert, aber auch die Anforderungen und Erwartungen, die in Europa und der Welt an das Land gerichtet werden. Deutschland hat gerade im Bereich seiner auswärtigen Politik mit zahlreichen Veränderungen und neuen Ansätzen reagiert, unter denen vor allem die Bundeswehreinsätze ins Auge fallen. Insgesamt ist die deutsche Außenpolitik immer vielschichtiger, dezentraler und in den einzelnen Ressorts auch immer spezifischer geworden.

Quelle: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/7884/grundlagen-akteure-strukturen-und-prozesse/> (abgerufen am 15.12.22, 15:03 Uhr)

Videos zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland

Wie lassen sich Außenpolitik und das internationale System am besten erklären?

<https://www.youtube.com/watch?v=MYe-JYqlunQ>

Was sind die Grundpfeiler der deutschen Außenpolitik?

<https://www.youtube.com/watch?v=GTjuDOK3Hco>

Was bedeutet Zivilmacht?

<https://www.youtube.com/watch?v=uc7KUafczZA> (kurz)

<https://www.youtube.com/watch?v=x0dlGgPUuiE> (lang)

Republik und Wehrhaftigkeit: Es war einmal eine Zivilmacht

Die Deutschen blicken skeptisch auf die neue militärische Ausrichtung ihres Landes. Das ist gut so. Ein Gastbeitrag. Von Julia Ganter - 22.10.2022, 15:30 Uhr

Deutschland mag international als Musterland gelten. Es hat jedoch nicht den Ruf, eine proaktive oder strategische Außenpolitik zu betreiben. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war der einzig richtige Weg, international als Zivilmacht mit zwei dominierenden Leitprinzipien aufzutreten: dem Bekenntnis zum Multilateralismus und militärischer Zurückhaltung. Wie die Umfrageergebnisse von „The Berlin Pulse“ seit 2017 zeigen, ist eine vorsichtige, friedensorientierte politische Kultur auch in der deutschen öffentlichen Meinung tief verankert.

Doch während Deutschland zum wirtschaftlichen Kraftzentrum Europas wurde, wuchsen die Erwartungen an seine Rolle in der Welt. Trotz der Forderungen von Deutschlands Partnern, mehr Verantwortung auf internationaler Ebene und für die europäische Sicherheit zu übernehmen, hielt Berlin an seinem Kurs fest. Bis zum 24. Februar 2022, als Russland in die Ukraine einmarschierte.

Drei Tage später kündigte Bundeskanzler Olaf Scholz eine „Zeitenwende“ in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik an: einen Sonderfonds von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr, jährliche Investitionen von mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung, Waffenlieferungen an die Ukraine und weitere Sanktionen gegen Russland. Eine bemerkenswerte

Mischung für eine Regierungskoalition, die zumindest in der Theorie aus pazifistischen Grünen, sparsamen Liberalen und russlandfreundlichen Sozialdemokraten besteht.

Wackliges Vertrauen

Als es der Bundesregierung endlich gelang, Raketenwerfer in die Ukraine zu senden, war dies ein echter Meilenstein angesichts der rechtlichen Hürden für deutsche Exporte in Kriegsgebiete, applaudierten die europäischen Partner und westlichen Verbündeten. Das Vertrauen in die Verlässlichkeit Deutschlands steht jedoch nach wie vor auf wackligen Beinen, vor allem aus Sicht der osteuropäischen und baltischen Nachbarn.

Der Umschwung in der öffentlichen Meinung vollzog sich rasch. Im März sprachen sich 67 Prozent der Deutschen für eine Beteiligung des Landes an der Lösung internationaler Krisen aus, und auch Monate nach dem Beginn des Einmarsches Russlands in der Ukraine befürwortet eine Mehrheit die Lieferung schwerer Waffen.

Dies führt zu zwei entscheidenden Fragen. Erstens: Wird die Öffentlichkeit das unterstützen, was zu einem neuen außen- und sicherheitspolitischen Kurs Deutschlands werden könnte? Zweitens: Markiert die „Zeitenwende“ das Ende der deutschen Tradition als Zivilmacht und den Beginn eines militärisch stärker engagierten Landes?

Die jüngsten Umfrageergebnisse von „The Berlin Pulse“ geben eine Antwort auf die erste Frage: Der Meinungsumschwung kurz nach der Invasion in der Ukraine war nicht nachhaltig. Was die internationale Rolle ihres Landes angeht, sind die meisten Deutschen wieder zurückhaltend.

Zweifel am internationalen Engagement

Nur 41 Prozent sprechen sich für ein stärkeres internationales Engagement aus, und innerhalb dieser Gruppe ziehen 65 Prozent ein diplomatisches Engagement einem militärischen (14 Prozent) oder finanziellen (13 Prozent) vor.

Dazu passt, dass sieben von zehn Deutschen nicht wollen, dass ihr Land eine militärische Führungsrolle in Europa einnimmt, und dass neun von zehn die Anschaffung eigener Atomwaffen ablehnen. Berücksichtigt man die Aussage des Kanzlers in seiner Bundestagsrede im Februar – „wenn etwas einen breiten Konsens in Politik und Öffentlichkeit findet, wird es Bestand haben“ –, steht es schlecht um die „Zeitenwende“.

Dennoch wäre es falsch, daraus zu schließen, dass die Deutschen gegen alles sind, was eine militärische Komponente hat. Eine deutliche Mehrheit von 60 Prozent findet es richtig, dauerhaft mehr in Verteidigung zu investieren.

Eine Erklärung für diese auf den ersten Blick widersprüchlichen Positionen könnte sein, dass die Deutschen die aktuellen militärischen Kapazitäten ihres Landes realistisch einschätzen und daher lieber erst investieren, bevor sie mehr Engagement zusagen, geschweige denn irgendeine Art von militärischer Führungsrolle in Europa übernehmen.

Öffentlichkeit als Kontrollinstanz?

Entgegen der Behauptung, die deutsche Öffentlichkeit müsse endlich verstehen, dass ein militärisch stärkeres Deutschland auch zu einem sichereren Europa führe, sollte man die Skepsis der Bevölkerung aufgreifen und sie als Stärke deutscher Außenpolitik begreifen. Könnte es eine bessere militärische Führungsmacht in Europa geben als eine, die sich auf ihre Öffentlichkeit als Kontrollinstanz verlassen kann?

Aus internationaler Sicht geht es bei den jüngsten Entscheidungen Deutschlands lediglich darum, den Status quo aufzuholen, den andere längst erreicht haben. Aus deutscher Sicht sind sie jedoch eine bemerkenswerte Entwicklung. Die Zeiten, in denen Deutschland der Inbegriff einer Zivilmacht war, sind vorbei.

Bei der Neuausrichtung der Sicherheitspolitik muss sich Berlin daher auf zwei Aspekte konzentrieren. Erstens die Schaffung eines außen- und verteidigungspolitischen Konzepts, das den internationalen Erwartungen entspricht. Die nationale Sicherheitsstrategie, die momentan von der Bundesregierung erarbeitet wird, muss diesen Anforderungen gerecht werden.

Zweitens ist es an der Zeit für einen „Frühjahrsputz“ in der Außenpolitik. Fehler, wie das Prinzip „Wandel durch Handel“, müssen über Bord geworfen werden, während es das, was eine Stärke deutscher Außenpolitik war, zu bewahren gilt. Ein Beispiel dafür ist die Fähigkeit, vertrauensvolle Beziehungen aufzubauen durch eine vielseitige internationale Präsenz, bestehend aus Krisenprävention, Entwicklungszusammenarbeit, Auswärtiger Kulturpolitik und nicht zuletzt Diplomatie.

Quelle: <https://www.tagesspiegel.de/meinung/republik-und-wehrhaftigkeit-es-war-einmal-eine-zivilmacht-8762965.html> (abgerufen am 15.12.22, 15:07 Uhr)

Die Angst vor sich selbst

Kein Wunder, dass Deutschland so schwer in die Gänge kam, die Ukraine zu unterstützen. Dies ist der beinahe einzige westliche Staat, der seine Demokratie noch nie gegen eine fremde Macht verteidigen musste. Ein Gastbeitrag von Thomas Speckmann

Was ist los mit Deutschland? Ein europäischer Nachbar wurde angegriffen – militärisch. Eine Demokratie von einer Diktatur. Ein friedliches Land von einer kriegerischen Macht. Invasion, Einmarsch, Okkupation. Tod, Zerstörung. Und die Reaktion in Berlin? Man zögerte. Man bremste. Zögert und bremst in Wahrheit immer noch, auch wenn der wackere Kampf der Ukrainer schon manchen zum Umdenken gebracht hat. Aber: Man zieht allenfalls nach, wenn enge Verbündete vorangehen. Bei Wirtschaftssanktionen. Bei Waffenlieferungen. Das Unverständnis darüber ist von Beginn an groß und hält an. Erst diese Woche kam heraus, dass die Amerikaner der Berliner Ampelregierung gesagt hatten, sie seien sehr einverstanden, wenn Deutschland der Ukraine unter Verweis auf vermeintlichen Abstimmungsbedarf mit Washington.

Im deutschen Umgang mit Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine spiegelt sich eine Sonderrolle in der europäischen Geschichte, die bislang in Europa kaum wahrgenommen wird – auch nicht in Deutschland selbst. Im Gegensatz zu den meisten Mitgliedsstaaten von EU und Nato fehlt den Deutschen eine entscheidende Erfahrung mit Krieg: Sie haben noch nie als Demokratie ihr Land gegen eine fremde Macht militärisch verteidigen müssen. Deutschlands Nachbarn haben die gegenteilige Erfahrung gemacht: Sie mussten sich in ihrer Geschichte immer wieder als Demokratien zur Wehr setzen – nicht zuletzt gegen die Deutschen. Sie haben, bis auf wenige Ausnahmen wie Großbritannien, darüber hinaus erfahren müssen, was es bedeuten kann, wenn die militärische Verteidigung gegen den Aggressor von außen nicht gelingt. Zwar sah sich auch Deutschlands erste parlamentarische Demokratie in den bürgerkriegsähnlichen Anfangsjahren der Weimarer Republik immer wieder gezwungen, gegen gewaltsame Aufstände von linken und rechten Extremisten vorzugehen – wie 1920 gegen den Putsch-Versuch rechtsgerichteter Militärs in Berlin oder gegen die revolutionären Bewegungen im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland 1920/21. Aber Krieg als Verteidigungskrieg einer Demokratie gegen eine sie von außen angreifende Diktatur kennen die Deutschen nicht. Vielmehr gilt: Waren die Deutschen nach dem Deutsch-Französischen Krieg

1870/71 als Nationalstaat an einem großen Krieg in Europa beteiligt, dann ging er von ihnen selbst aus. Dann waren sie die Aggressoren. Dann waren sie die Invasoren. Dann waren sie die Okkupanten. Verloren die Deutschen einen Angriffskrieg, wie im Ersten Weltkrieg, dann war das nicht nur mit ungeheuren Verlusten an Menschenleben, Wirtschaftskraft und Wohlstand verbunden. Hinzu kamen hohe Reparationszahlungen und deutliche Verluste an Territorium und Einwohnern. All dies traf dann nach einem weiteren verlorenen Angriffskrieg in noch größerer Dimension zu: Der Zweite Weltkrieg kehrte mit voller Gewalt in das Land seines Ursprungs zurück. Die Deutschen erlebten nun in ihrer eigenen Heimat, was sie über ihre Nachbarn gebracht hatten: Invasion, Einmarsch, Okkupation. Tod, Zerstörung, Elend. Holocaust und Vernichtungskrieg prägten die deutsche Kriegsschuld. Das Land hörte sogar auf, als Staat zu existieren. Seine Streitkräfte wurden dieses Mal vollständig aufgelöst. Erst ein Jahrzehnt später erhielt der demokratische Teil Deutschlands wieder eine Armee – fest eingebaut in die westeuropäischen und transatlantischen Sicherheitsstrukturen. Inzwischen hat die Bundeswehr zwar an zahlreichen Auslandsmissionen teilgenommen. Aber Kampfeinsätze hat sie bislang eben ausschließlich dort erlebt – und nicht zur Verteidigung der eigenen Heimat im Kriegsfall. Diese Form von Ernstfall im wahrsten Sinne des Wortes kennt Deutschland als Demokratie bislang nicht.

Die Folgen dieser deutschen Sonderrolle in der europäischen Geschichte prägen nicht nur zutiefst Deutschlands kollektives Gedächtnis, sondern auch den Blick auf Krieg an sich. Es ist in der Logik der deutschen Geschichte, der deutschen Taten, ja nachvollziehbar: Krieg ist grundsätzlich abzulehnen, Pazifismus bis heute weit verbreitet. Krieg erinnert immer auch an die eigenen Kriegserfahrungen, an die eigenen Angriffskriege und ihre Konsequenzen. Krieg wird daher in der Regel gleichgesetzt mit eigener Aggression oder zumindest Intervention. Entsprechend innenpolitisch umstritten waren die Bundeswehreinmärsche im Ausland von Beginn an.

Deutschlands fehlende historische Erfahrung

Aber es ist nicht nur diese Grundskepsis gegenüber dem Militärischen und seinem Einsatz, die Deutschlands eigenes Handeln beziehungsweise Nichthandeln prägt – gerade auch mit Blick auf Russlands Invasion der Ukraine. Ebendort wird wie unter einem Brennglas sichtbar, wie sehr in Deutschland weiterhin Krieg zur Verteidigung im engeren Sinne eine theoretische Angelegenheit bleibt. Denn vieles von dem, was in der deutschen Öffentlichkeit diskutiert wird, hat mit der Praxis militärischer Verteidigung einer Demokratie gegen eine angreifende Diktatur nur wenig gemein. Dies zeigt sich in der Debatte über die Frage der Bewaffnung der Ukraine. Schon allein der Versuch, sie zunächst in "defensiv" und "offensiv" und dann in "leicht" und "schwer" zu unterscheiden, spiegelt die fehlende historische Erfahrung in Deutschland, wie man als Demokratie in Kriegen nachhaltig überlebensfähig sein kann: durch den kombinierten Einsatz schwerer Waffensysteme wie Panzer, Artillerie und Kampfflugzeuge mit Infanterie, Fallschirmjägern und weiteren Spezialeinheiten. Einer europäischen Nation, die erleben musste, wie sie von der Wehrmacht durch den kombinierten Einsatz schwerer Waffensysteme zunächst militärisch geschlagen und dann über Jahre besetzt wurde, wird man all dies sicherlich nicht erklären müssen. Schon gar nicht, wenn diese Nation zudem erleben durfte, wie sie von den Alliierten durch den kombinierten Einsatz schwerer Waffensysteme wieder befreit wurde – wobei sich Befreiung von Gewaltherrschaft lediglich auf den Westen, Norden und Süden Europas erstreckte. Im Osten wurden die europäischen Nationen von der okkupierenden Diktatur durch eine okkupierende Diktatur "befreit" – eine Erfahrung, die zumindest dem Westen Deutschlands ebenfalls fehlt. Die Beteiligung an der eigenen Befreiung 1944 war Frankreich nur möglich, weil die Freien Französischen Streitkräfte, die nach der Niederlage Frankreichs 1940 auf der Seite der Alliierten weiterkämpften, zunächst mit britischen und dann zunehmend mit amerikanischen Waffen ausgerüstet wurden. Es waren ausnahmslos Panzer und Fahrzeuge amerikanischer Produktion, mit denen die 2. französische Panzerdivision zur Befreiung von Paris

beitrag. Bei Kriegsende in Europa waren die freifranzösischen Verbände mehr als eine Million Mann stark – mit sieben Infanteriedivisionen und drei Panzerdivisionen, bewaffnet durch die westlichen Alliierten.

Bereits in seinem Appell an das französische Volk vom 18. Juni 1940 über die BBC in London hatte Charles de Gaulle die Bedeutung der alliierten Waffenlieferungen für die spätere Befreiung seines Landes vorweggenommen: "Trotz aller Fehler, aller Verzögerungen, allen Leidens sind in der Welt alle notwendigen Mittel vorhanden, um eines Tages unsere Feinde zu besiegen. Heute durch mechanische Kraft überwältigt, können wir in Zukunft durch eine überlegene mechanische Kraft siegen." Finanzielle Grundlage der französischen Wiederbewaffnung zur Fortsetzung des Krieges war das Angebot von Winston Churchill, die Kosten zu tragen. Auf Bitte von General de Gaulle geschah dies in rückzahlbaren Vorschüssen, um die Unabhängigkeit des Freien Frankreichs zu wahren – eine Vorwegnahme des amerikanischen Leih- und Pachtgesetzes, mit dem Franklin D. Roosevelt nicht nur das militärische Durchhalten Großbritanniens nach der Niederlage Frankreichs 1940 ermöglichte, sondern auch die französische Exilregierung in London unterstützte. Heute ist es mit Joe Biden ein Nachfolger Roosevelts im Weißen Haus, der dieses Konzept als "Leih- und Pachtgesetz zur Verteidigung der Demokratie in der Ukraine" reaktiviert hat, um das militärische Durchhalten der Ukraine zu ermöglichen. Wie bereits im Zweiten Weltkrieg sollen dadurch Waffen und andere Hilfsgüter schneller und effizienter geliefert werden. Die damaligen Lieferungen hatten einen Wert von im heutigen Maßstab 500 Milliarden Dollar – mehr als 50 Milliarden sind inzwischen für die Ukraine mobilisiert.

Im Deutschland des Jahres 2022 muss man all dies anscheinend in Erinnerung rufen. Hier wirkt man nur wenig vertraut mit den Voraussetzungen für den letztlich erfolgreichen Verteidigungskrieg der Alliierten gegen die Achsenmächte – nach vielen alliierten Misserfolgen und Niederlagen. Während jetzt in Washington ganz pragmatisch auf bewährte Verfahren wie das Leih- und Pachtgesetz zurückgegriffen wird, um den russischen Aggressor militärisch zu stoppen, erlaubt sich Deutschland auch nach Monaten eines vorerst grundsätzlich erfolgreichen Verteidigungskrieges der Ukraine gegen Russland weiterhin die Debatte darüber, ob es nicht besser für Kiew wäre, den Kampf aufzugeben und stattdessen zu versuchen, eine Verhandlungslösung zu erreichen – zum Preis von Gebietsverlusten und militärischer Neutralität. Noch immer scheint in Berlin teilweise das notwendige Bewusstsein für den richtigen Umgang mit Russlands Invasion der Ukraine zu fehlen. Noch scheint man nicht verstanden zu haben, welche Entschlossenheit es braucht, wenn Diktaturen Demokratien überfallen. Noch scheinen viele zu glauben, der Krieg sei zu stoppen, nicht der Aggressor – schon gar nicht um jeden Preis, nicht einmal ökonomisch, militärisch ohnehin nicht.

Quelle: <https://www.zeit.de/2022/51/ukraine-demokratie-verteidigung-militaer> (abgerufen am 15.12.22, 15:09 Uhr)

Deutsche Sicherheitspolitik in Kriegszeiten: Zur „Zeitenwende“ gehört mehr als nur Waffenkäufe

Angesichts des Krieges in der Ukraine kündigte Kanzler Scholz plötzlich einen Politikwechsel an. Aber was muss sich ändern, was kann bleiben? Ein Gastbeitrag. Von Norbert Lammert - 17.05.2022, 14:03 Uhr

Es gibt Zeiten, in denen meist langjährige Entwicklungen in dramatischen Ereignissen kulminieren, die den Eindruck begründen, eine Zeitenwende zu erleben. Genauso hat Bundeskanzler Scholz in seiner denkwürdigen Regierungserklärung drei Tage nach dem russischen Überfall auf die Ukraine die Lage beschrieben, um die Maßnahmen zu begründen, für die es bis dahin weder eine Mehrheit in der deutschen Bevölkerung noch in der Wählerschaft der Koalitionsparteien gegeben hat: sofortige

Waffenlieferungen an die Ukraine, massive Nachrüstung der Bundeswehr und ein 100 Milliarden Euro-Sondervermögen sowie die Verpflichtung auf künftige Verteidigungsausgaben in der Höhe von mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Dieser plötzliche Politikwechsel hat maßgeblich damit zu tun, dass zu viele von uns zu lange die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts mit autoritären Systemen verdrängt und die Realitäten durch Wunschenken ersetzt haben.

Denn für aufmerksame Beobachter sind die revisionistischen Ziele und das brutale Vorgehen Moskaus wenig überraschend, wenn man die gewaltsamen Interventionen russischer Politik von Grosny und Georgien über die Krim bis hin zu Aleppo sowie Mordanschläge auf Journalisten und Oppositionelle in Russland, Großbritannien und Deutschland bedenkt.

Nun müssen wir im eigenen Land nicht nur mit den unmittelbaren Folgen des Krieges zurechtkommen, sondern auch mit den Auswirkungen dieser jahrelangen Realitätsverweigerung: „Die Bundeswehr, das Heer, steht mehr oder weniger blank da“, gab der Inspekteur des Deutschen Heeres, Generalleutnant Alfons Mais, kürzlich zu Protokoll.

Es ist daher dringend an der Zeit zu handeln, um unsere Sicherheit, unsere Freiheit und unsere Demokratie zu schützen. Nichts davon gibt es zum Nulltarif. Gegen diese nüchterne Einsicht helfen auch vertraute Appelle gegen „eskalierende Aufrüstung“ nicht wie der Offene Brief, den Ende April 2022 prominente Repräsentanten aus Politik, Kultur und Wissenschaft publiziert haben. Die alten Reflexe deutscher moralischer Überlegenheit erscheinen in diesen Tagen wie aus der Zeit gefallen.

Was kann bleiben, was muss anders werden? Zentrale Komponente europäischer Sicherheit sind die transatlantischen Beziehungen im Kontext der Nato. Auch Frankreichs Präsident Macron musste jüngst eingestehen, dass das Militärbündnis durch den russischen Angriffskrieg „einen Elektroschock erhalten“ habe, nachdem er noch im November 2019 der Allianz den „Hirntod“ diagnostiziert hatte. Ohne die militärischen Fähigkeiten der USA können sich auf absehbare Zeit jedenfalls weder Deutschland noch Europa wirkungsvoll schützen.

Um als Bündnispartner für die USA attraktiv zu bleiben, müssen Deutschland und Europa aber mehr einbringen in die transatlantischen Beziehungen. Erforderlich ist eine europäische Sicherheitsarchitektur als eigenständiger Bestandteil der Nato. Dass geht jedoch nur, wenn die Beteiligten nicht nur verlässliche finanzielle Verpflichtungen eingehen, sondern auch zu strukturellen Veränderungen bereit sind.

Das stellt vor allem Berlin und Paris vor besondere Herausforderungen: Frankreich mit seiner nationalen Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen und Deutschland mit seinem exklusiven Parlamentsvorbehalt für Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Im Kontext europäischer Verteidigungsstrukturen müssen wir deshalb darüber nachdenken, wie die bewährte Mitwirkung des Parlaments an der Entscheidung über Militäreinsätze jenseits der Landesverteidigung mit der notwendigen Supranationalität der Einsatzfähigkeit einer europäischen schnellen Eingreiftruppe verbunden werden kann.

Inzwischen ist offensichtlich, dass wir neue Lösungen finden müssen, wie der Parlamentsvorbehalt gestaltet sein muss, um in akuten Krisen eine rasche Reaktionsfähigkeit zu gewährleisten.

Nicht nur der US-Präsident, auch der Nato-Generalsekretär und die meisten Staats- und Regierungschef der EU erklären seit Wochen, nie sei der Westen so einig und so stark aufgetreten wie jetzt; sie müssen sich aber auch die Frage gefallen lassen, ob dieser brutale Angriffskrieg

überhaupt stattgefunden hätte, wenn die Einigkeit und Stärke der westlichen Staatengemeinschaft schon in der Vergangenheit so entschlossen demonstriert worden wären.

Wir müssen auch in Deutschland selbstkritisch hinterfragen, warum wir manchen besorgten Hinweis von unseren Verbündeten und Partnern nicht ernst genommen und eine immer stärkere Abhängigkeit gegenüber Russland ausgerechnet in einem so sensiblen Bereich wie der Energieversorgung zugelassen haben. Zumal nach der international beachteten Regierungserklärung des Bundeskanzlers zur „Zeitenwende“ neue Zweifel an der erwarteten deutschen Führungsrolle entstanden sind.

Im Kompetenzbereich der Exekutive ist die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrates, wie es ihn beispielsweise in den USA oder in Großbritannien gibt, längst überfällig.

Quelle: <https://www.tagesspiegel.de/politik/zur-zeitenwende-gehört-mehr-als-nur-waffenkaufe-4332010.html> (abgerufen am 15.12.22, 15:10 Uhr)

Der offene Brief an Kanzler Scholz

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

wir begrüßen, dass Sie bisher so genau die Risiken bedacht hatten: das Risiko der Ausbreitung des Krieges innerhalb der Ukraine; das Risiko einer Ausweitung auf ganz Europa; ja, das Risiko eines 3. Weltkrieges. Wir hoffen darum, dass Sie sich auf Ihre ursprüngliche Position besinnen und nicht, weder direkt noch indirekt, weitere schwere Waffen an die Ukraine liefern. Wir bitten Sie im Gegenteil dringlich, alles dazu beizutragen, dass es so schnell wie möglich zu einem Waffenstillstand kommen kann; zu einem Kompromiss, den beide Seiten akzeptieren können.

Wir teilen das Urteil über die russische Aggression als Bruch der Grundnorm des Völkerrechts. Wir teilen auch die Überzeugung, dass es eine prinzipielle politisch-moralische Pflicht gibt, vor aggressiver Gewalt nicht ohne Gegenwehr zurückzuweichen. Doch alles, was sich daraus ableiten lässt, hat Grenzen in anderen Geboten der politischen Ethik.

Zwei solche Grenzlinien sind nach unserer Überzeugung jetzt erreicht: Erstens das kategorische Verbot, ein manifestes Risiko der Eskalation dieses Krieges zu einem atomaren Konflikt in Kauf zu nehmen. Die Lieferung großer Mengen schwerer Waffen allerdings könnte Deutschland selbst zur Kriegspartei machen. Und ein russischer Gegenschlag könnte so dann den Beistandsfall nach dem NATO-Vertrag und damit die unmittelbare Gefahr eines Weltkriegs auslösen. Die zweite Grenzlinie ist das Maß an Zerstörung und menschlichem Leid unter der ukrainischen Zivilbevölkerung. Selbst der berechtigte Widerstand gegen einen Aggressor steht dazu irgendwann in einem unerträglichen Missverhältnis.

Wir warnen vor einem zweifachen Irrtum: Zum einen, dass die Verantwortung für die Gefahr einer Eskalation zum atomaren Konflikt allein den ursprünglichen Aggressor angehe und nicht auch diejenigen, die ihm sehenden Auges ein Motiv zu einem gegebenenfalls verbrecherischen Handeln liefern. Und zum andern, dass die Entscheidung über die moralische Verantwortbarkeit der weiteren „Kosten“ an Menschenleben unter der ukrainischen Zivilbevölkerung ausschließlich in die Zuständigkeit ihrer Regierung falle. Moralisch verbindliche Normen sind universaler Natur.

Die unter Druck stattfindende eskalierende Aufrüstung könnte der Beginn einer weltweiten Rüstungsspirale mit katastrophalen Konsequenzen sein, nicht zuletzt auch für die globale Gesundheit und den Klimawandel. Es gilt, bei allen Unterschieden, einen weltweiten Frieden anzustreben. Der europäische Ansatz der gemeinsamen Vielfalt ist hierfür ein Vorbild.

Wir sind, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, überzeugt, dass gerade der Regierungschef von Deutschland entscheidend zu einer Lösung beitragen kann, die auch vor dem Urteil der Geschichte Bestand hat. Nicht nur mit Blick auf unsere heutige (Wirtschafts)Macht, sondern auch in Anbetracht unserer historischen Verantwortung - und in der Hoffnung auf eine gemeinsame friedliche Zukunft.

Wir hoffen und zählen auf Sie!

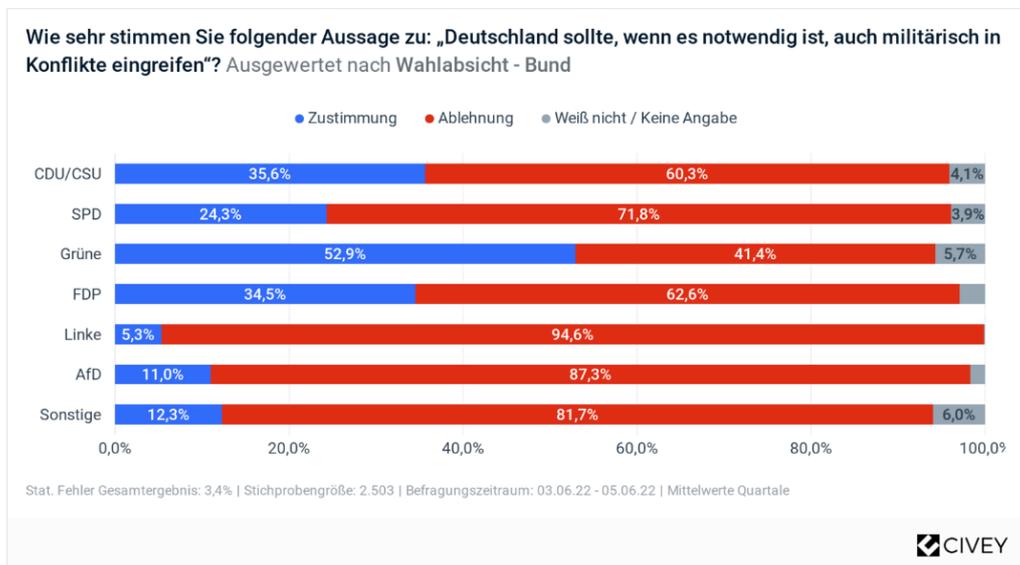
Quelle: <https://www.emma.de/artikel/offener-brief-bundeskanzler-scholz-339463> (abgerufen am 15.12.2022, 13:56 Uhr)

Umfrage: Deutsche Außenpolitik nach der Zeitenwende

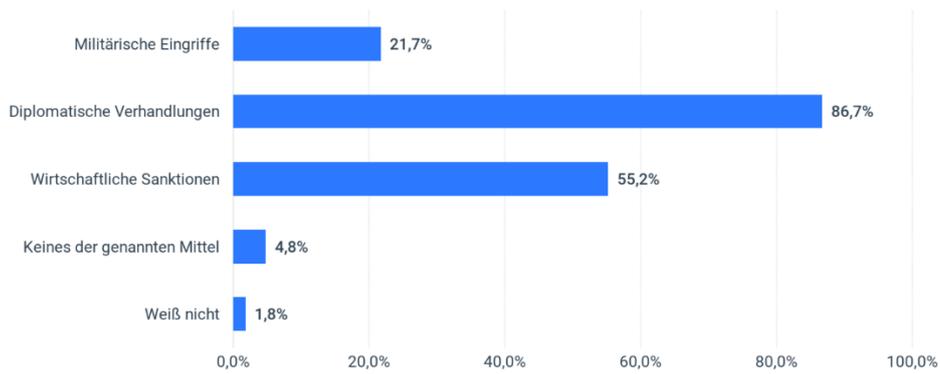
Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist eine Zäsur für die Europäische Friedens- und Sicherheitsordnung. Nach mehr als 75 Jahren herrscht wieder Krieg in Europa. Tod, Flucht und Vertreibung gehören seitdem zur politischen Realität der Ukrainer:innen. Bundeskanzler Olaf Scholz hat mit seiner Rede im Bundestag am 27. Februar 2022 eine Zeitenwende für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik verkündet. In einer repräsentativen Umfrage hat das Meinungsforschungsinstitut Civey in unserem Auftrag 2.500 Bürger:innen vom 3. bis 6. Juni zu ihren Einstellungen zur Außenpolitik befragt.* Die zentralen Ergebnisse stellen wir hier vor.

Kernaussagen:

1. Diplomatie aus einer neuen Position der militärischen Stärke
2. Interessengeleitete Außenpolitik mit dem Ziel des Friedenerhalts
3. Wertorientierte Außenpolitik aber nicht zu jedem Preis
4. Abbau der Abhängigkeit von autoritären Ländern trotz Wohlstandsverlusten



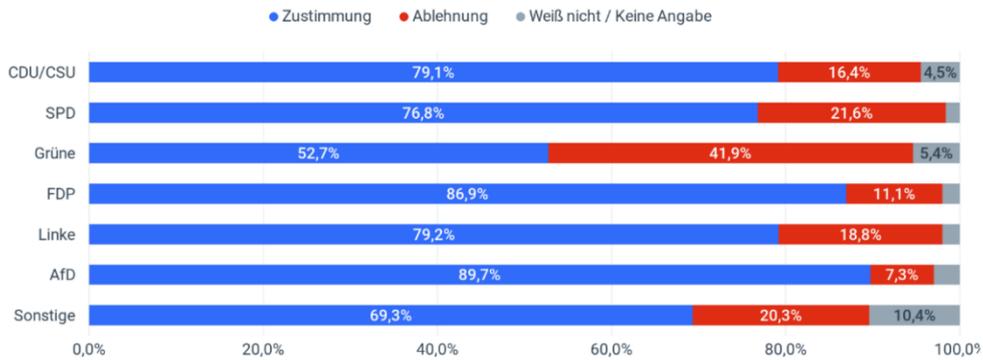
Welche der folgenden Mittel sind aus Ihrer Sicht wirksam, um außenpolitische Krisen zu lösen?



Mehrfachantwort möglich | Stat. Fehler Gesamtergebnis: 3,4% | Stichprobengröße: 2.502 | Befragungszeitraum: 03.06.22 - 06.06.22 | Mittelwerte Quartale



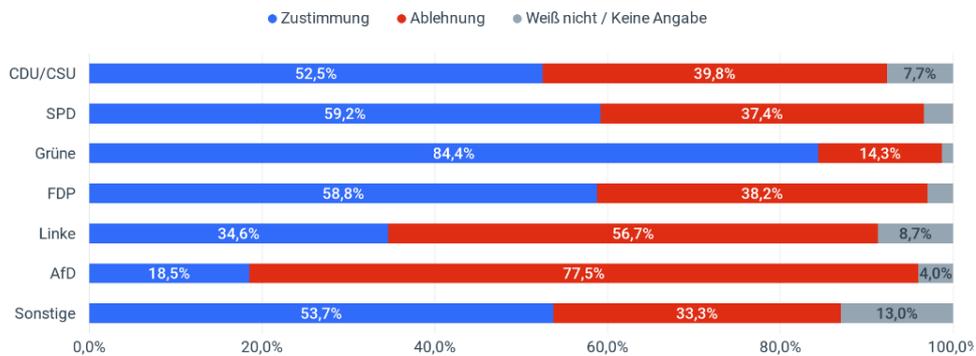
Wie sehr stimmen Sie folgender Aussage zu: „Die Außenpolitik in Deutschland sollte die eigenen Interessen uneingeschränkt vertreten“? Ausgewertet nach Wahlabsicht - Bund



Stat. Fehler Gesamtergebnis: 3,4% | Stichprobengröße: 2.502 | Befragungszeitraum: 03.06.22 - 05.06.22 | Mittelwerte Quartale

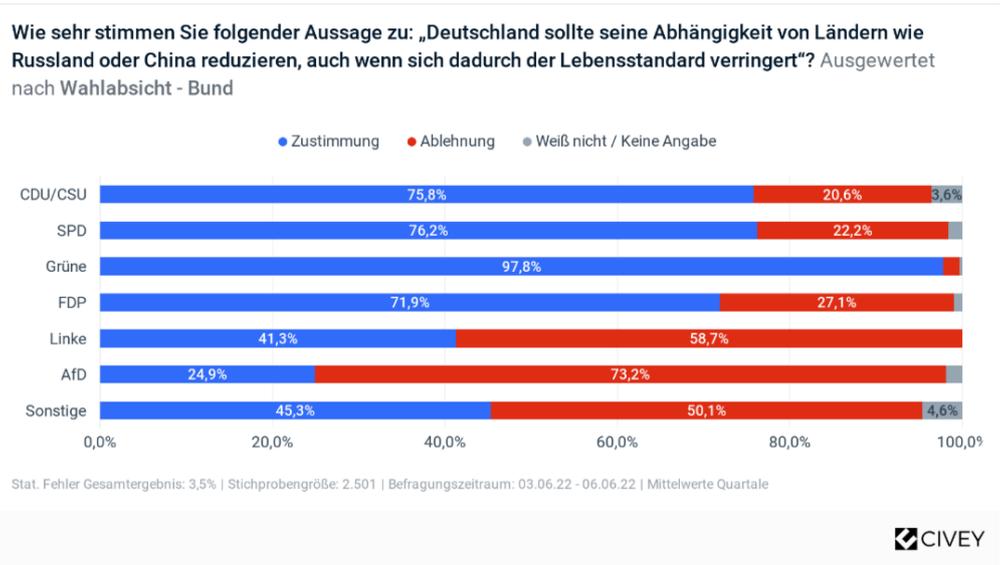


Wie sehr stimmen Sie folgender Aussage zu: „Außenpolitik sollte Werte durchsetzen, auch wenn das Nachteile mit sich bringt“? Ausgewertet nach Wahlabsicht - Bund



Stat. Fehler Gesamtergebnis: 3,5% | Stichprobengröße: 2.502 | Befragungszeitraum: 03.06.22 - 06.06.22 | Mittelwerte Quartale





Quelle: <https://www.fes.de/abteilung-analyse-planung-und-beratung/artikelseite-apb/umfrage-deutsche-aussenpolitik-nach-der-zeitenwende> (abgerufen am 15.12.2022, 14:01 Uhr)